



Presseschau vom 13.09.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Nach Lawrow-Kerry-Vereinbarung: Syrische Kurden wollen Offensive stoppen

Die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG begrüßen den Plan Russlands und der USA zur Regelung des Syrien-Konfliktes und zeigen sich bereit, ihre Offensivaktionen auszusetzen, wie die Agentur Reuters am Montag mitteilte.

Die kurdische YPG-Miliz hoffte unter anderem darauf, dass das Abkommen ermöglichen würde, sich auf den Kampf gegen die Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) zu konzentrieren sowie die für einen friedlichen politischen Übergang nötigen Bedingungen vorzubereiten.

YPG ist eine Kampfplanke des Hohen Kurdischen Obersten Komitees und nimmt am Syrien-Konflikt teil.

Am Freitag hatten sich der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein US-amerikanischer Amtskollege John Kerry auf einen Plan zur Regelung des Konfliktes in Syrien geeinigt. Laut der Vereinbarung sollen die Kampfhandlungen in Syrien am Montag, dem 12. September, eingestellt werden. Zudem sollen die Terroristen von der gemäßigten Opposition abgegrenzt werden und der Anti-Terror-Kampf weiter geführt werden.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute Abend mit einem Beschuss von **Sajzewo** mit Panzergeschützen begonnen, einige Geschosse trafen den zentralen Teil der Ortschaft. Dies teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

„Gegen 18:40 hat die ukrainische Seite das Feuer auf die Ortschaft Sajzewo mit Panzergeschützen eröffnet. Zwei Geschütze trafen das Zentrum der Ortschaft“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Außerdem wurde nach seinen Angaben das Feuer auf die Ortschaft mit Granatwerfern und Schusswaffen eröffnet. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch eingeholt.

De.sputniknews.com: Ukrainische Migranten hemmen Dialog mit EU über Visafreiheit - Diplomat

Die zunehmenden Verstöße gegen die Migrations- und Arbeitsgesetze der EU-Staaten durch Ukrainer sind neben Korruption ein Hemmfaktor für den Dialog mit der Ukraine über Visafreiheit, wie ein Mitarbeiter der EU-Mission in einem Mitgliedsland, der anonym bleiben wollte, in Brüssel sagte.

„Die Entscheidung über einen visafreien Reiseverkehr für die Ukraine ist nicht nur durch Korruptionsprobleme erschwert. Eine regelrechte Bremse für den Dialog über Visa sind die rasch zunehmenden Verstöße gegen die Migrations- und Arbeitsgesetze der EU-Staaten durch Bürger der Ukraine in den letzten zwei Jahren“, so der Diplomat.

Er fügte hinzu, dass die Ukrainer, die die Migrationsnormen der EU verletzt haben, die Visafreiheit mit der EU nicht mehr genießen dürfen.

„Die Bürger der Ukraine müssen begreifen, dass die Informationen über Verstöße gegen die Migrationsnormen in der Schengen-Datenbank erhalten bleiben“, sagte der Diplomat.

Ihm zufolge bedeutet die Möglichkeit einer Visafreiheit bei Kurzreisen, die der EU-Rat Mitte Oktober in Luxemburg erörtern soll, „keineswegs eine unkontrollierte Einreise in den EU-Raum“.

„Auch beim visafreien Reiseverkehr gilt eine Grenzkontrolle. (...) Den Personen, die der Verletzung der Migrations- und Arbeitsgesetze in den Ländern Europas überführt werden, kann das Einreiserecht bei der Passkontrolle am Flughafen oder an einer Grenzkontrollstelle entzogen werden“, so der Diplomat.

Zuvor wurde inoffiziell mitgeteilt, dass der EU-Rat die Frage visafreier Einreisen für Ukrainer am 13.-14. Oktober in Luxemburg erörtern soll.

Dnr-news.com: Die Eltern des minderjährigen Diversanten baten Alexandr Sachartschenko, ihren Sohn zu retten

Die Eltern von Jaroslaw Mironow, der festgenommen worden war von den Mitarbeitern des Staatssicherheitsministerium der DVR wegen des Verdachts auf Durchführung von Sabotageakten, wandten sich an das Oberhaupt der Republik Alexandr Sachartschenko mit der Bitte, ihren Sohn zu retten. Die Mutter von Jaroslaw appellierte an Sachartschenko in einem Exklusivinterview von „Life“:

„Alexandr Wladimirowitsch, ich bitte Sie sehr, unserer Familie zu helfen, unserem Sohn Jaroslaw, damit er schnell aus dieser Situation herauskommen und nach Hause zurückkehren kann“, sagte die Mutter des Teenagers.

Der Vater von Jaroslaw teilte in diesem Interview mit, dass er sich selbst die Schuld gebe an dem, was mit seinem Sohn passiert ist. Der Mann gab zu, dass er dem Jungen zu wenig Aufmerksamkeit zuteil werden ließ, weshalb dieser dann in schlechte Gesellschaft geriet.

„Wahrscheinlich lag es an der schlechten Gesellschaft, denn er selbst ist vom Charakter her eher ruhig, nett, ein sympathischer Junge. Ich weiß auch nicht, wie das passieren konnte“, sagte die Mutter.

„Mir scheint, ich habe ihm zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, weil ich 2 Arbeitsstellen hatte, und so ist es geschehen. Schuld bin zu 90% ich“, sagte der Vater des Jungen.



Vormittags:

De.sputniknews.com: Ukraine droht PACE mit „Abzug ihrer Delegation“ bei Rückkehr Russlands

Die Ukraine kann radikale Schritte unternehmen, darunter auch ihre Delegation abziehen, falls Russland seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) zurückbekommt. Dies erklärte der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin.

Die Ukraine kann auf die Arbeit in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) verzichten, wenn Russland wieder deren Mitglied wird, schreibt RBK mit Verweis auf den ukrainischen Außenminister.

Würden die Vollmachten der russischen Delegation, zum Beispiel bei der PACE, positiv anerkannt, würde die Ukraine verschiedene Varianten erörtern und sogar die Nichtteilnahme des Landes an der Arbeit der PACE in Betracht ziehen, so Klimkin.

Im April 2014 hatte die PACE wegen der Situation in der Ukraine und des Beitritts der Schwarzmeer-Halbinsel Krim zu Russland Sanktionen gegen die russische Delegation verhängt. Den russischen Parlamentariern wurde das Stimmrecht entzogen. Aus Protest brach die russische Abordnung damals ihre Arbeit ab und verweigerte die Teilnahme an der Sommer- und der Herbsttagung. 2015 wurden die Sanktionen verlängert. Die russische Delegation hatte daraufhin ihre Teilnahme an den PACE-Tagungen abgesagt und faktisch alle Kontakte zu dem Gremium abgebrochen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **zweimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Aus Richtung Popasnaja wurde **Kalinowo** mit Mörsern des Kalibers 120mm und Granatwerfern beschossen. Verluste gibt es keine.

Dan-news.info: „Von 21:00 bis 0:45 wurden Mörserbeschüsse von **Trudowskije** und der Umgebung von **Jasinowataja** festgestellt“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach Angaben der Quelle wurden von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte mehr als 20 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen. Geschossen wurde aus den Gebieten der besetzten Städte Awdejewka und Marjinka.

De.sputniknews.com: Syrien: Russisches Zentrum für Versöhnung kontrolliert Situation auf Castello-Straße

An der Castello-Straße bei der Einfahrt nach Aleppo ist eine mobile Beobachtungsstelle des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien eingerichtet worden. Während der Waffenpause sollen per Videokonferenzen täglich Informationen über die Lage auf der Straße in den Luftwaffenstützpunkt Hmeimim weitergegeben werden. Einsatzgruppen der russischen Militärs sind außerdem in der Stadt Hama stationiert.

Am Dienstag ist ein weiterer humanitärer Konvoi Russlands über Castello angekommen. Diese Straße befindet sich unter Kontrolle der Regierungskräfte und dient als Korridor für die Zivilisten und Soldaten, die sich entschieden haben, die Waffen zu strecken. Auf diesem Weg können sie die Konfliktzone verlassen.

„Im Rahmen der am 9. September erzielten Vereinbarung zwischen Russland und den USA über den Waffenstillstand wird der Castello-Straße besondere Aufmerksamkeit geschenkt“, so der stellvertretende Chef des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Sergej Kapizin.

Diese Straße werde als Hauptweg für die Lieferung von humanitären Gütern nach Aleppo dienen, fügte er hinzu. Momentan werde ein Kontrollpunkt der syrischen Rothalbmond-Bewegung eingerichtet.

Nach seiner Auffassung sind die regierungstreuen Truppen bereit, sich von der Castello-Straße auf die durch die russisch-amerikanischen Vereinbarungen festgelegte Distanz zurückzuziehen, das aber nur „gleichzeitig mit der gemäßigten Opposition“.



De.sputniknews.com: (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Russland wird laut dem Außenministerium keine Soldaten in den Krieg gegen die Terroristen in Afghanistan schicken, könnte das Land am Hindukusch jedoch mit Waffenlieferungen unterstützen und bei der Ausbildung der Armee helfen.

„Es ist klar: Kein russischer Soldat wird in Afghanistan kämpfen“, sagte Samir Kabulow, Ressortleiter Asien-Abteilung des russischen Außenministeriums und Afghanistan-

Beauftragter von Präsident Wladimir Putin, am Dienstag. „Eine Präsenz ausländischer Truppen in Afghanistan hat keinen Sinn: Dort gibt es genug eigene Soldaten.“
Zugleich sei Russland bereit, Afghanistan mit Waffen und Flugzeugen zu beliefern sowie afghanische Militärs und insbesondere Piloten auszubilden, sagte der Diplomat. Er verwies darauf, dass viele afghanische Kampfpiloten in der Sowjetunion ausgebildet worden seien... Das russische Außenministerium hat die Vereinigten Staaten von Amerika für die sich verschlechternde Situation in Afghanistan verantwortlich gemacht.

„Die USA haben ihre Präsenz reduziert, ohne eine Aufgabe gelöst zu haben. Im Gegensatz: Sie verursachten sogar neue Probleme“, sagte Samir Kabulow, Ressortleiter Asien-Abteilung des russischen Außenministeriums und Afghanistan-Beauftragter von Präsident Wladimir Putin, am Dienstag.

„Sie haben sowohl politisch als auch moralisch die Verantwortung dafür zu tragen, was jetzt in Afghanistan vorgeht.“

Dem Diplomaten zufolge haben die USA „endlich erkannt“, dass die Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) nun auch in Afghanistan präsent ist. Russland möchte, dass dieser Erkenntnis konkrete Taten des US-Militärs gegen diese Bedrohung folgten.

Lug-info.com: Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko

„In der Folge eines Gefechts zwischen Kämpfern des „Rechten Sektors“ und der ukrainischen Streitkräfte am 12. September im Gebiet von Staniza Luganskaja starben zwei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, fünf wurden verletzt, einer ist vermisst“, teilte Marotschko mit.

De.sputniknews.com: Russland setzt auf die Zusammenarbeit mit China als Garantie für eine gerechte Weltordnung. Das sagte der Chef des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, am Dienstag bei den russisch-chinesischen Sicherheitskonsultationen in Peking...

Nachmittags:

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der DVR Igor Plotnizkij

Schon das dritte Jahr dauert der brudermörderische Krieg im Südosten der Ukraine an. Auf Anweisung der Kiewer Führung wird das Territorium der LVR ständig beschossen, es werden Diversionen durchgeführt. In der Folge dessen sterben zivile Bürger und die soziale Infrastruktur unserer Republik wird vernichtet.

Aber dennoch streben wir danach, auf friedlichem Weg die Konfliktsituation zu regeln, und die Minsker Vereinbarungen sind das einzige, alternativlose Instrument, das ein für alle Mal den Bürgerkrieg beenden kann.

Die Schuld für die entstandene Situation im Donbass liegt vollständig bei der ukrainischen Führung. Wir sehen, dass Kiew sich trotz der Anstrengungen Russlands, Frankreichs und Deutschlands in jeder Weise von den übernommenen Verpflichtungen distanziert und nicht an einer friedlichen Lösung des Konflikts interessiert ist. Dabei beschuldigt es ständig uns der Nichterfüllung der Minsker Vereinbarungen.

Die LVR hat seit dem 1. September kein einziges Mal das Regime der Feuereinstellung

verletzt und erfüllt streng die übernommenen Verpflichtungen bezüglich des Friedens. Und heute tun wir einseitig einen weiteren Schritt, um unsere Unterstützung einer friedlichen Regelung des Konflikts zu demonstrieren.

Von mir wurde ein entsprechender Befehl gegeben, um 00:00 in der Nacht vom 14 auf den 15. September 2016 ein „Regime der Ruhe“ einzuführen. Allen Abteilungen der Volksmiliz der LVR ist es streng verboten, das Feuer in Erwiderung von Beschüssen oder Provokationen der ukrainischen Armee und der Nationalgarde zu eröffnen.

Wir hoffen, dass dieser Schritt ein Beispiel für die Führung der Ukraine sein wird und Kiew unserem Beispiel folgt.

Wir rufen die Beobachter der OSZE auf, eine reale und unvoreingenommene Kontrolle über die Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung durchzuführen.

Tass.ru: Die Oberhäupter der ausgerufenen DVR und LVR Alexandr Sachartschenko und Igor Plotnizkij haben den militärischen Abteilungen der Republik verboten, das Feuer in Erwiderung auf Provokationen von Seiten der Kiewer Truppen zu eröffnen.

„Von mir wurde ein entsprechender Befehl gegeben, um 00:00 in der Nacht vom 14 auf den 15. September 2016 eine „Regime der Ruhe“ einzuführen. ...“, heißt es in einer Erklärung Plotnizkij, die auf der Seite von Luganskinformzentr veröffentlicht wurde.

Seinerseits informierte das Oberhaupt der DVR, dass er analoge Befehle ausgegeben habe. „Wir werden die Minsker Vereinbarungen bis zum Schluss unterstützen“, sagte er in einer Sendung des Fernsehsender „Rossija24“. Wir sehen das nicht als Schwäche, sondern als guten Willen“.

Dabei äußerten die Republikoberhäupter die Hoffnung, dass dieser Schritt ein Beispiel für die Führung der Ukraine sein wird. „Wir rufen die Beobachter der OSZE auf, eine reale und unvoreingenommene Kontrolle über die Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung durchzuführen“, heißt es in der Mitteilung.

Dan-news.info: Die in der DVR festgenommenen minderjährigen Diversanten waren an der Explosion an der Eisenbahn in Jasinowataja am 16. Februar 2016 beteiligt. Dies teilte heute der Pressedienst des Staatssicherheitsministeriums der DVR mit.

„Im Verlauf der Durchführung von operativen Ermittlungsmaßnahmen, die auf die Feststellung von Verbrechen der Gruppe der festgenommenen Minderjährigen gerichtet ist, kamen Informationen zutage, dass sie an der Sprengung eines Eisenbahnzugs im Jasinowataja am 16. Februar 2016 beteiligt waren“, erklärte das Staatssicherheitsministerium der DVR.

Wir erinnern daran, dass die Detonation eines Zugs auf der Strecke Jasinowataja – Skotowataja im letzten Winter durch eine ukrainische Diversions- und Erkundungsgruppe durchgeführt wurde. In der Folge der Explosion entgleisten acht Waggons, einer von ihnen kippte um, es wurden 50 Meter Gleis, Schwellen und Damm beschädigt.

„Außerdem wurde festgestellt, dass von der genannten Gruppe zwei erfolglose Versuche von Sprengungen an Eisenbahngleisen vorgenommen wurden. Derzeit gehen die operativen Ermittlungsmaßnahmen weiter“, unterstrich das Ministerium.

De.sputniknews.com: Abzug ukrainischer Delegation bei PACE: Duma-Politiker sieht darin Erpressung

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma, Alexej Puschkow, hat die Äußerungen des ukrainischen Außenministers Pawel Klimkin über einen möglichen Abzug der ukrainischen Delegation im Falle der Rückkehr Russlands in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) als Erpressung bezeichnet.

Zu der Drohung des ukrainischen Außenministers schrieb Puschkow in seinem Twitter-

Account:

„Dies ähnelt sehr einer Erpressung. Kiew verlässt die PACE nicht: aus Angst.“

Tiny Kox, Chef der Vereinigten Linken in der PACE, bezeichnete die Drohungen Kiews als kontraproduktiv. Die PACE benötige sowohl die Ukraine als auch Russland und deren Teilnahme an allen PACE-Veranstaltungen zur Erfüllung ihrer diplomatischen Funktionen.

Dabei merkte Kox an, die Entscheidung über die Arbeit bei der PACE sollte von Parlamentariern und nicht von Ministern oder Ländern getroffen werden. Er rief die russischen Kollegen auf, möglichst schnell nach Straßburg zurückzukehren, und die ukrainischen Kollegen, bei der PACE zu bleiben.

Am Dienstag hatte der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin erklärt, die Ukraine könne radikale Schritte unternehmen, darunter auch ihre Delegation abziehen, falls Russland seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) zurückbekomme und die Vollmachten seiner Delegation positiv anerkannt würden.

Zuvor hatte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma, Alexej Puschkow, gesagt, die Entscheidung über die Rückkehr in die PACE treffe Russland Mitte Dezember nach den Staatsduma-Wahlen und der Herbsttagung der PACE...

Dnr-online.ru: In den ersten acht Monaten des Jahres 2016 wurden unter Beteiligung der Arbeitsämter der DVR 30.800 Menschen auf Arbeitsplätze vermittelt, darunter 12.500 auf unbefristete Stellen und 18.300 auf befristete.

Um die Konkurrenzfähigkeit der Arbeit suchenden Personen zu erhöhen, wurden im Donezker Zentrum für berufstechnische Bildung des Republikanischen Arbeitsamtes Seminare durchführt. In den ersten acht Monaten dieses Jahres nahmen an solchen Seminaren 443 Menschen teil. Wie der Pressedienst des Republikanischen Arbeitsamtes mitteilt, finden für Arbeitssuchende auch ständig Seminare zur Berufsorientierung statt, an denen schon mehr als 20.200 Menschen teilgenommen haben.

Von Januar bis August wurden von den Arbeitsämtern der Republik 16.500 Arbeitsverträge registriert, die von natürlichen Personen und Unternehmern mit Lohnarbeitern abgeschlossen wurden.

Im Rahmen des Programms zum Wiederaufbau des privaten Wohnraums, der in der Folge von Kämpfen beschädigt wurde, nahmen an befristeten Arbeiten im Zeitraum von April bis zum 2. September 268 Menschen teil, die von den Arbeitsämtern der Republik aus der Zahl der Arbeitssuchenden dorthin vermittelt wurden.

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen „Handelshaus – Medikamente des Donbass“ eröffnet in der frontnahen Siedlung des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka das erste Mal seit Beginn des Konflikts einen Apothekenpunkt. Dies teilte heute gegenüber Journalisten der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Pawel Kalinitschenko mit.

„Wir eröffnen am 20. September einen neuen Apothekenpunkt des staatlichen Unternehmens „Handelshaus – Medikamente des Donbass“ in der Siedlung des Gagarin-Bergwerks im frontnahen Nikitowskij-Bezirk der Stadt“, sagte er. „Der einzige Verkaufspunkt für Medikamente in Friedenszeiten war der medizinische Punkt des Bergwerks“.

Kalinitschenko sagte, dass dank dem Gesundheitsministerium der DVR Verkaufspunkte für Medikamente in frontnahen Bezirken in der kürzesten Frist, die nach dem Gesetz möglich ist, eröffnet werden konnten.

„Daher konnten wir in einem halben Monat drei Apotheken und zwei Apothekenpunkte dort eröffnen, wo es seit 2014 keine gab“, unterstrich der stellvertretende Bürgermeister.

De.sputniknews.com: Die russische Regierung hat Salz auf die Liste der Produkte hinzugefügt, die unter das Lebensmittelembargo fallen, wie am Dienstag aus offiziellen

Quellen bekannt wurde. Der Erlass tritt am 1. November dieses Jahres in Kraft. Dabei bezieht sich das Dokument auf Speisesalz, denaturiertes Salz, reines Natriumchlorid und Meereswasser...

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko

„Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte führt Mobilisierungsmaßnahmen zur Auffüllung der Abteilungen zur Teilnahme an der Strafoperation im Donbass in betrügerischer Weise unter dem Deckmantel von Übungen durch“, sagte er.

„So werden im Verlauf der Durchführung von Reservistenübungen auf dem Truppenübungsplatz von Gontscharowskoje Abteilungen einer Artilleriedivision aus Reservisten gebildet. Ein Teil von ihnen wird durch einen Befehl am Ende der Übungen, am 24. September, in die Zone der sogenannten „ATO“ geschickt“, erläuterte Marotschko. Außerdem erhält die Volksmiliz weiterhin Informationen über den äußerst niedrigen moralisch-psychischen Stand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.

„So wurde bekannt, dass im 2. mechanisierten Bataillon der 28. Brigade ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte Selbstmord beging. Einen Tag zuvor wurde dieser Soldat zur Fahndung wegen eigenmächtigen Verlassens der Stellung ausgerufen. Solche Fälle sind bei weitem keine Seltenheit und werden sorgfältig von den Abteilungskommandeuren vor Ort verheimlicht“, sagte der Major.

Der Vertreter der Verteidigungsbehörde der Republik rief die zwangsweise mobilisierten Soldaten der ukrainischen Streitkräfte sowie diejenigen, die an dem brudermörderischen Krieg nicht teilnehmen wollen, auf, „unter jedem beliebigen Vorwand die verbrecherischen Befehle der Kommandeure und Leiter zu ignorieren, besonders beim Eröffnen des Feuers auf das Territorium der Republik“.

„Wir unsererseits halten die erreichten Vereinbarungen ein und sind bereit, wenn notwendig, jede Aggression in Bezug auf die Republik abzuwehren. In unseren Abteilungen werden täglich Maßnahmen im Rahmen des bestätigten Plans zur militärischen Ausbildung durchgeführt. Ich möchte allerdings die Aufmerksamkeit aller Bürger unserer Republik auf die Gefahr von terroristischen Akten durch ukrainische Spezialdienste lenken und rufe zur Wachsamkeit auf“, unterstrich der Major.

De.sputniknews.com: Kiew: Für Verteidigungsetat im Jahr 2017 nun fünf statt drei Prozent des BIP?

Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat vorgeschlagen, für Militärausgaben im Staatsetat 2017 fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts einzuplanen. Dies erklärte er am Dienstag bei einem Besuch in der Stadt Dnipro (früher: Dnipropetrowsk).

„Heute findet eine Sitzung des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung zur Erörterung des Staatshaushalts statt. Ich werde vorschlagen, für Verteidigungszwecke im Jahr 2017 fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bereitzustellen und den Verteidigungsetat in Höhe von 129 Milliarden Griwna (knapp 4,4 Milliarden Euro – Anm. d. Red.) zu bestätigen“, teilte Poroschenko mit.

In einer früheren Erklärung des ukrainischen Präsidenten hieß es, dass vorgeschlagen werde, für die Verteidigung im kommenden Jahr etwa drei Prozent des BIP bereitzustellen.



Ukrinform: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, ruft nach seiner Rückkehr aus der Stadt Dnipro den Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung zu einer Sitzung ein. Der Rat soll den Verteidigungsetat 2017 billigen, sagte Poroschenko bei der Eröffnung eines Kindergartens in der Stadt Dnipro. Die Militärausgaben würden 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), etwa 129 Milliarden Hrywnja, betragen.

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:

Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR hat sich **heftig verschärft**. Insgesamt haben die ukrainischen Truppen in den letzten 24 Stunden 79 Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

Auf das Territorium von Ortschaften der DVR haben die ukrainischen Strafruppen 26 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurde mit Panzertechnik, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen. Beschossen wurden die Ortschaften **Sajzewo, Oserjanowka, Schirokaja Balka, Jasinowataja, Alexandrowka, Sachanka und der Petrowskij-Bezirk von Donezk**.

Außerdem hat gestern gegen 18:40 die ukrainische Seite das Feuer auf Sajzewo mit Panzergeschützen eröffnet. Insgesamt wurden drei Geschosse abgeschossen, die im Zentrum der Ortschaften detonierten, in Gebieten in der Nähe von Wohnhäusern. Nur durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.

Folgende Information erfordert besondere Aufmerksamkeit. Gestern hat sich die ukrainische Seite an die Vertreter der OSZE-Mission und des Gemeinsamen Zentrums in Bezug auf eine verschärfte Kontrolle über das Regime der Feuereinstellung im Gebiet von Sajzewo im Zeitraum vom 9 bis 16 Uhr am 13. September 2016 gewandt, um technische Arbeiten zur Entminung des Territoriums vorzunehmen. Was von unserer Seite aus bestätigt wurde. Aber stattdessen wurde heute Morgen in diesem Gebiet ab 10:40 von der ukrainischen Seite ein Versuch des Eindringens einer Diversions- und Erkundungsgruppe nicht weit vom Kontroll- und Passierpunkt Sajzewo unternommen, um einen Terrorakt gegen friedliche Bürger durchzuführen. Nach unseren Informationen hatte die Diversantengruppe das Ziel, auf unser Territorium vorzudringen und einen Beschuss einer Kolonne friedlicher Einwohner am Passierpunkt durchzuführen, um uns in der Folge des Mordes an den Menschen zu beschuldigen.

Durch unsere Soldaten, die Heldentum und Selbstlosigkeit zeigten, ist es gelungen, das

Eindringen der Gruppe zu verhindern und die Gegner auf die Ausgangsposition zurückzudrängen. In der Folge des Gefechts, das etwa 35 Minuten andauerte, betrug die Verluste auf unserer Seite drei Menschen, auf der ukrainischen Seite starben zehn Diversanten.

Es ist wichtig festzuhalten, dass der genannte Angriff von Spezialoperationskräften der ukrainischen Streitkräfte geplant wurde, dafür spricht, dass die ukrainischen Diversanten in Uniformen der Volksmiliz der DVR gekleidet waren und mit Kalaschnikows 7,62 mit Schalldämpfern ausgestattet werden.

Unsere Aufklärung stellt weiter Vorbereitungen der ukrainischen Kräfte auf blutige Provokation und die Aktivierung von Kämpfen fest. So in folgenden Gebieten:

- Shelannoje, 27 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft von drei Panzer und 32 Fahrzeugen mit Munition und Personal festgestellt;

- Nikolajewka, 8 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von drei Einheiten Panzertechnik festgestellt;

- Sarja, 7 km von der Kontaktlinie, es wurde ein Lager mit Artilleriemunition festgestellt; Dsershinsk, 2 km von der Kontaktlinie, die Tests von Kampfdrohnen im

Verantwortungsbereich des 3. Bataillons der 53. mechanisierten Brigade gehen weiter. Alle Angaben über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite und die Stationierungsorte verbotener Waffen der ukrainischen Streitkräfte wurden an die Vertreter der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination übergeben.

Unter den Bedingungen der Begrenzung der Anwendung von schweren Waffen durch die ukrainische Seite geht das Kommando der ukrainischen Streitkräfte zur Taktik der Durchführung von Terrorakten und Minenkrieg über. Bestätigt wird dies durch Folgendes: der Terrorakt in Schachtjorsk und die verhinderte Explosion einer Sprenganlage in Charzysk am 11. September 2016 sowie die Verwendung von minderjährigen Kindern durch ukrainische Spezialdienste zur Durchführung von Diversionen auf dem Territorium der Republik. Es ist wichtig zu bemerken, dass die ukrainische Seite in der Folge des von ihr organisierten Bürgerkriegs im Donbass im Verlauf von zwei Jahren Ortschaften vernichtet hat, Kinder ohne Eltern und Wohnung gelassen und in der Folge dann begonnen hat, sie als Diversanten im Interesse des verbrecherischen und zynischen Kiewer Regimes zu nutzen. Außerdem haben einzelne ukrainische Massenmedien begonnen, Berichte über die Ausbildung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Herstellung von selbstgemachten Sprenganlagen und deren Anwendung an der Kontaktlinie zu veröffentlichen, wobei diese die Erfahrung radikaler terroristischer Organisationen nutzen, die in den Ländern der zivilisierten Welt verboten sind.

Gestern wurde aufgrund von Fahrlässigkeit der ukrainischen Seite für eine Zeit der Passierpunkt „Marjinka“ geschlossen. Ursache war ein Brand in der Nähe des KPP. Unter anderem brannten Gras und Gehölze auf einer Fläche von 500 Quadratmetern. Der Brand erfolgte wegen einer spontanen Detonation einer Antipersonenmine, die von ukrainischen Soldaten in der Nähe des Passierpunkts installiert worden war.

Aber die ukrainische Seite versichert, dass der Brand einen natürlichen Charakter gehabt hätte.

Von unserer Aufklärung wurde die Ankunft einer Gruppe von Offizieren aus dem Bestand des südlichen operativen Kommandos im Gebiet von Kramatorsk entdeckt, die einer Inspektion der Abteilungen der 58. Panzergrenadierbrigade dient, die erfolglos Durchbruchversuche von Diversionen- und Erkundungsgruppen im Gebiet von Majorskoje und Krutaja Balka unternommen haben.

Das ukrainische militärische Kommando kämpft weiterhin mit der niedrigen personellen Ausrüstung der Abteilungen und verheimlicht das Scheitern der Kampagne zum Übergang auf den Vertragsdienst. Es wurde eine einfache Entscheidung getroffen – die Abteilungen abzubauen, in denen es eine Unterausstattung mit Personal gibt. So wurde bekannt, dass unter diese Umformierung als erstes das 19. Bataillon der 40. Artilleriebrigade geriet.

In der ukrainischen Armee geht die Zunahme von nicht kampfbedingten Verlusten weiter.

Von unserer Aufklärung wurde festgestellt, dass in der 1248. Abwehraketendivision des 156. Abwehraketenregiments während eines Brandes auf dem Gebiet des Truppenteils im Gebiet

des Dorfes Kleschtschow im Oblast Winniza ein Soldat verbrannte. Dieser Vorfall wird vom Kommandeur des Truppenteils Oleg Alexandrowitsch Wasilenko sorgfältig verheimlicht. Ausgehend von dem Dargelegten kann der Schluss gezogen werden, dass das ukrainische Kommando auf unsere Worte gehört und den Nachdruck bei den Beschüssen unseres Territoriums verringert hat. Aber gleichzeitig führt es die Konzentration von schweren Waffen an der Kontaktlinie fort.

Ukrinform: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko rechnet am Mittwoch mit der Zusage des Internationalen Währungsfonds für die nächste Kredittranche.

„Morgen bekommen wir eine nächste Milliarden tranche des IWF, die eine starke Grundlage für unsere Reformen sein wird“, sagte der Staatschef während seines Besuchs in die Stadt Dnipro.

De.sputniknews.com: So Gnade uns Gott: Poroschenko bekreuzigt sich in Hoffnung auf neue IWF-Tranche

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat bei der Eröffnung eines Kindergartens im Gebiet Dnipro (früher: Dnipropetrowsk) erklärt, dass er bei der für Mittwoch anberaumten IWF-Sitzung auf die Bewilligung einer neuen Tranche für das Land hofft. Dabei hat der Politiker ein Kreuzzeichen über seine Stirn und Brust gemacht.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte die Gewährung einer weiteren Tranche an Kiew auf die Tagesordnung des für den 14. September anberaumten Direktorenrates gesetzt. Die Ukraine schätzt die Höhe des neuen Kreditbetrages für eine Milliarde US-Dollar.

Russlands Vertreter beim IWF wird aber gegen die Gewährung einer weiteren Kredittranche an die Ukraine stimmen, wie der russische Finanzminister Anton Siluanow am Montag bei einem Pressegespräch in Moskau mitteilte. Ihm zufolge wird Russlands Stimme bei der Entscheidung über die Finanzhilfe für die Ukraine jedoch keine entscheidende Rolle spielen. Das auf vier Jahre befristete IWF-Programm sieht Hilfe im Gesamtwert von 17,5 Milliarden US-Dollar für Kiew vor.

Dan-news.info: Die minderjährigen Diversanten, die auf dem Territorium der DVR festgenommen wurden, haben die ihnen zugerechneten Beschuldigungen im vollem Umfang eingestanden. Dies teilte der Pressedienst des Staatssicherheitsministeriums der DVR mit. „Während des Verhörs haben die minderjährigen Verdächtigen vollständig ihre Schuld eingestanden und Reue für die begangenen Verbrechen gezeigt“, teilte das Ministerium mit. „Dem Ministerium ist bekannt, dass sich den größten Teil der Mittel, die als Honorare für die Durchführung von Diversionsakten gezahlt wurde, Mitarbeiter ukrainischer Spezialdienste als Organisatoren der Bande minderjähriger Krimineller, angeeignet haben“.

Dan-news.info: Die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa plant gemeinsam mit Vertretern der UNO ein Gespräch mit den in der Republik festgenommenen minderjährigen Diversanten zu führen. Dies teilten heute Vertreter der militärischen Strukturen der DVR mit.

„Am Mittwoch wird die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa in Donezk gemeinsam mit Vertretern des Donezker UN-Büros ein persönliches Gespräch mit den in der DVR festgenommenen minderjährigen Diversanten führen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Dan-news.info: Einwohner der DVR, die von Seiten des Sicherheitsdienstes der Ukraine unter Druck gesetzt oder erpresst werden, sollen dies dem Staatssicherheitsministerium der Republik mitteilen. Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums mit.

„Wenn Sie Opfer von Erpressungen, Drohungen oder Druck von Seiten von Mitarbeiter ukrainischer Spezialdienste geworden sind, um Sie dazu zu bringen, Verbrechen oder rechtswidrige Akte auf dem Territorium der DVR zu begehen, haben Sie die Möglichkeit, sich an das Staatssicherheitsministerium zu wenden und somit der strafrechtlichen Verfolgung entsprechend der geltenden Gesetzgebung der Republik zu entgehen“, heißt es in dem Aufruf des Ministeriums.

Im Gespräch mit DAN wurde im Staatssicherheitsministerium unterstrichen, dass die Zusammenarbeit mit Spezialdiensten ausländischer Staaten als Verrat bewertet werden wird.

Abends:

Dnr-news.com: Die erste Touristengruppe aus Finnland wird die Republik im Oktober besuchen, sagte der Vertreter der Gewerkschaftsförderung der LVR. Dies erklärte heute auf einer Pressekonferenz der Vorsitzende der Gewerkschaftsförderung der LVR Oleg Akimow.

„Die Republik ist interessant, Menschen aus verschiedenen Ländern der Welt wollen hierher reisen, wollen alles mit eigenen Augen sehen. Sie fürchten die Sanktionen nicht“, sagte er. Für Oktober erwarten wir bereits die erste Gruppe Touristen aus Finnland. Sie kommen in Donezk an, danach werden sie zu uns kommen“, berichtete Akimow.

Der Gewerkschaftsführer betonte, dass dies nur der Beginn einer breit angelegten Zusammenarbeit sei.

„Es werden jetzt viele interessante Projekte entwickelt. Das bedeutet, wir beginnen schon mit der Umsetzung gemeinsamer kreativer, humanitärer und kultureller Projekte“, erklärte er.



De.sputniknews.com: Kreml wehrt ukrainische Drohungen in Bezug auf die Krim ab
Russland wird zum Schutz seiner Interessen Rechtsmittel einsetzen, sollte die Ukraine Klagen wegen des Verlusts der Schwarzmeer-Halbinsel Krim erheben. Das sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag in Moskau.

In diesem Fall werde Russland alle nur möglichen Instrumente des internationalen humanitären Rechts einsetzen, sagte Peskow auf die Frage, ob der Kreml über die Absicht Kiews informiert ist, Ansprüche auf die Krim mit einer Klage zu bekräftigen.

Darauf angesprochen, ob Russland eventuelle Beschlüsse internationaler Gerichte zur Krim erfüllen wird, sagte Peskow: „Da bin ich überfragt. Wenn Kiew die Klage einreicht, werden wir selbstverständlich juristische Gegenschritte unternehmen.“

Am Montag hatte der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin erklärt, dass Kiew im Laufe einer Woche Moskau verklagen und von Russland nicht nur die Anerkennung der Rechte der Ukraine (auf die Krim), sondern auch eine Entschädigung fordern wird. Zuvor hatte die Ukraine bereits viermal an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) appelliert und von Russland Entschädigungen wegen der Ereignisse auf der Krim und im Donbass gefordert.

Die Krim war nach dem März-Referendum von 2014 in den Staatsverband Russlands eingegliedert worden. Damals sprachen sich mehr als 95 Prozent der Krim-Bewohner für die Wiedervereinigung mit Russland aus.

Dan-news.info: Erklärung des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko

Das Kiewer Regime, das einen Bürgerkrieg entfacht hat, zeigt schon im dritten Jahr sein Desinteresse an einer friedlichen Regelung des militärischen Konflikts im Donbass. Während sie in Worten ihr Streben nach Frieden erklärt, unternimmt die ukrainische Führung keinerlei Anstrengungen zur Beendigung der Kämpfe.

Wir halten unser Wort. Wie wir zugesagt haben, halten wir seit dem 1. September genau das Regime der Feueinstellung ein, trotz täglicher Provokation von Seiten des Gegners.

Von uns wurde ein Kurs auf eine friedliche Regelung des Konflikts mit der ukrainischen Führung eingeschlagen. Zur Bestätigung dieser Worte macht die DVR einen weiteren Schritt zum Ausgleich und richtet in initiativer Weise ein „Regime der Ruhe“ ein.

Von mir wurde ein Befehl unterzeichnet und entsprechende Anweisungen an alle Kommandeure von Truppenteilen und Einheiten der DVR ausgegeben, eine vollständige und bedingungslose Feueinstellung mit allen Typen von Waffen ab 0:00 in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar zu garantieren.

Ich rufe die ukrainische Führung auf, sich unserer Friedensinitiative anzuschließen und in Taten und nicht in Worten ihre Unterstützung der Einhaltung der Minsker Vereinbarungen zu beweisen.

Ich will unsere Gegner warnen – die Friedensinitiativen, die von der Führung der DVR gezeigt werden, sind keine Erscheinung unserer Schwäche. Die Republik ist bereit, beliebige Akte der Aggression abzuwehren.

Ich äußere die Hoffnung, dass die ukrainische Seite die gesamte Last der Verantwortung anerkennt und die übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen erfüllen wird.

Wir wenden uns an die OSZE-Mission und das Gemeinsame Zentrum zur Koordination und Kontrolle mit dem Aufruf, eine unabhängige Kontrolle der Erfüllung dieser Verpflichtungen zu garantieren.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Alexandr Sachartschenko

De.sputniknews.com: „Martin Schäfer sagt die Unwahrheit“: Moskau kontert Lügen-Vorwurf aus Berlin

Auf einen Vorwurf ihres Amtskollegen Martin Schäfer aus Deutschland, „objektiv unwahre“ Dinge zu erzählen, hat die russische Außenamtssprecherin Marina Sacharowa mit einem

Gegenvorwurf reagiert. Sie habe Beweise dafür, dass Schäfer „milde gesagt, die Unwahrheit sagt“, schreibt Sacharowa via Facebook.

Bulgarische Medien hatten in der vergangenen Woche berichtet, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel habe den russischen Präsidenten Wladimir Putin dazu überredet, bei der Wahl des neuen UN-Generalsekretär nicht die bereits nominierte Ex-Unesco-Chefin Irina Bokova, sondern die EU-Kommissionsvizepräsidentin Kristalina Georgieva zu unterstützen.

Am Sonntag bestätigte die Moskauer Außenamtssprecherin Sacharowa, die deutsche Kanzlerin habe während des G20-Gipfels in Hangzhou wirklich versucht, die russischen Seite auf eine mögliche Unterstützung einer anderen Kandidatin anzusprechen.

Daraufhin erntete Sacharowa laut Medien Lügen-Vorwürfe seitens der deutschen Regierung.

Der Spiegel Online schrieb: „Die Bundesregierung hat das russische Außenministerium aufgefordert, keine Unwahrheiten über Deutschland zu verbreiten. Der Sprecher von Außenminister Frank-Walter Steinmeier Martin Schäfer bezichtigte seine Moskauer Amtskollegin, zum wiederholten Male Dinge zu erzählen, die ‚objektiv falsch‘ seien.“

Tatsächlich sagte Martin Schäfer in der Bundespressekonferenz am Montag: „Von offizieller Seite Dinge in die Welt zu pusten, die objektiv falsch sind, ist, glaube ich, kein freundlicher Umgang miteinander.“

Doch Sacharowa ließ das nicht auf sich sitzen. In einem Kommentar auf Facebook verteidigte sie ihre früheren Äußerungen und beschuldigte ihrerseits den Sprecher des Auswärtigen Amtes, „unwahre“ Angaben gemacht zu haben.

Wir geben Sacharowas Kommentar vom späten Montagabend ungekürzt wieder:

„Westliche Medien (France Press, BBC und deutsche Zeitungen) haben heute folgende Informationen veröffentlicht: ‚Der Sprecher des Auswärtigen Amtes Martin Schäfer erklärte, dass Maria Sacharowa Angaben verbreitet, die objektiv falsch sind‘. Diesen Umgang nannte er unfreundlich.

Ich möchte noch mal kurz daran erinnern, worum es eigentlich geht. Am Samstag rief mich die Nachrichtenagentur TASS an und bat um eine Stellungnahme zu den bulgarischen Medienberichten darüber, dass Angela Merkel angeblich Wladimir Putin dazu überredet habe, nicht die von Sofia bereits nominierte Irina Bokova, sondern Kristalina Georgieva als Kandidatin für das Amt des UN-Generalsekretärs zu unterstützen. In Bulgarien wurden diese Informationen übrigens zur Hauptnachricht.

Ich legte eine Pause ein, um mehrere Male alles zu überprüfen und eine abgestimmte und allein von Tatsachen getragene Antwort zu veröffentlichen. Sie lautete:

„Vor nicht allzu langer Zeit hat die deutsche Kanzlerin am Rande des G20-Gipfel in Hangzhou versucht, mit der russischen Führung in ein Gespräch über eine mögliche Unterstützung Moskaus für eine andere Kandidatin aus Bulgarien statt der offiziell Aufgestellten zu kommen.

Daraufhin wurde Frau Merkel unmissverständlich nahegelegt, dass die Nominierung zum Amt des UN-Generalsekretärs ausschließlich und allein die souveräne Entscheidung des jeweiligen Landes ist und dass jegliche Versuche, direkt oder indirekt Einfluss auf solche Entscheidungen zu nehmen, nicht akzeptabel sind. Wir nahmen die bulgarischen Presseberichte, dass Russland in Spiele um einen Kandidaten-Tausch verwickelt sei und dass die bulgarische Regierung auf Drängen auswärtiger Akteure eine andere Kandidatin nominieren wolle, zur Kenntnis. Diese lassen sich nicht anders als Versuche bezeichnen, Russland in Hinterzimmer-Intrigen zu involvieren.“

Kein einziges falsches Wort gibt es in diesem Kommentar. Und ich habe einen unwiderlegbaren Beweis dafür, dass Martin Schäfer — milde gesagt — die Unwahrheit sagt, indem er mich der Verbreitung von Lügen beschuldigt. Heute haben (Russlands Außenminister – Red.) Sergej Lawrow und (Deutschlands Bundesaußenminister – Red.) Frank-Walter Steinmeier miteinander telefoniert. Hätte es aus der Sicht Berlins tatsächlich eine Verleumdung der Kanzlerin durch die russische Seite gegeben, dann hätten die Minister unbedingt und sogar in erster Linie dieses Thema erörtert. Doch das wurde bei dem Telefonat nicht einmal angesprochen.

Nicht weniger wichtig ist, dass es gerade die russische Seite war, die die bulgarischen Medienartikel umgehend und eindeutig zurückgewiesen hatte. Diese in Bulgarien veröffentlichten Desinformationen über eine angebliche Abmachung zwischen Merkel und

Putin zum Wechsel der bulgarischen Kandidatinnen hatten Martin Schäfer offenbar nicht gestört. Uns aber schon. Was wir auch umgehend bekanntmachten, um Spekulationen und Provokationen vorzubeugen. Wie man in Russland sagt: „Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“

